

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 181 (1908)

Rubrik: Des hinkenden Boten Weltumschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Des Sinkenden Boten Weltumschau.

(Juli 1906 bis Juni 1907.)

Seit unserer letzten Chronik hat sich in Frankreich ein Ministerwechsel vollzogen: Das Kabinett Sarrien hat dem Kabinett Clémenceau weichen müssen. Man war allseitig gespannt, den Mann an der Spitze der Regierung zu sehen, dessen Hauptbeschäftigung es früher war, die Kabinette zu stürzen. Die alten Minister, die mit Sarrien den Rücktritt erklärten, Bourgeois, Poincaré, Lengues, Etienne, wurden ersetzt durch Pichon, Viviani, Doumergue, General Picquart. Die Wahl des letztern zum Kriegsminister zeigt sehr deutlich, wie rasch in Frankreich die Stimmungen wechseln können; vor kurzer Zeit noch ein Opfer des Drenfushandels, steht heute Picquart an der Spitze der Armee.

Clémenceau hat die Erfahrung erwerben können, daß es leichter ist, Opposition zu machen, als zu regieren. Selten hat sich ein Kabinett so vielen ernststen Schwierigkeiten gegenüber befunden.

In erster Linie kam die religiöse Frage. Das Gesetz vom 9. Dezember 1905 betreffend die Trennung von Kirche und Staat hatte eine Jahresfrist angesetzt für den Ersatz der offiziellen Kirchengemeinderäte durch die neuen unabhängigen Genossenschaften und zur Übernahme des Kirchenvermögens durch die letztern. Diese Frist lief Mitte Dezember 1906 ab. Während nun die Protestanten und Juden sich dem Gesetz unterzogen und sich reorganisierten, wollte der Papst die neue Situation nicht anerkennen und verbot den gläubigen Katholiken die Gründung der neuen Kultusgenossenschaften und die Unterziehung unter das Gesetz. Seit diesem Moment herrscht Krieg zwischen der Regierung und Rom. Die Kirchen, welche Eigentum des Staates und der Gemeinden sind, und die nach dem Wortlaut des Gesetzes den Kultusgenossenschaften ohne Entschädigung zur Verfügung zu halten sind, sind nach Ablauf der Frist in den Besitz des Staates und der Gemeinden übergegangen. Alle diese Kirchen aber bleiben für die Gottesdienste offen, und der Klerus kann gottesdienstliche Handlungen vornehmen, nur hat die Geist-

lichkeit keinen Rechtstitel auf die Kirchen und darf keinerlei Verwaltungshandlungen vornehmen. Auch wird der Klerus nicht mehr vom Staat besoldet. Die im Gesetz vorgesehene Inventarisierung des Kirchenvermögens gab so viel Anlaß zu Unruhen und Tumulten, daß sie aufgehoben werden mußte. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung und dem Papst wurden abgebrochen, und man ging sogar so weit, daß die Papiere des Nuntius Montagnini beschlagnahmt wurden. Gegenwärtig herrscht nun in dieser Frage Ruhe, aber die Lage kann jeden Augenblick wieder gespannt werden.

Anderer Schwierigkeiten ergaben sich aus den zahlreichen Streiken, die in letzter Zeit fast überall in Frankreich vorgekommen sind. Bald waren es die Bäcker in Paris oder Marseille, bald die Kellner, bald die Elektriker, bald wieder die Postangestellten oder Hafenarbeiter, die ihre Arbeit niederlegten und bewaffnete Interventionen nötig machten.

Was aber der Regierung am meisten Sorgen gemacht hat und jetzt noch macht, das ist die schlimme Lage des Weinbaus in Südfrankreich. In vier Departementen befand sich beinahe die ganze Bevölkerung im Zustand der Revolution. Die Gemeindebehörden haben demissioniert, die Steuerpflichtigen verweigern die Zahlung der Steuern, schwere Unruhen sind vorgekommen, und selbst das Militär hat teilweise gemeutert. Die Kammern suchen dieser Krise Einhalt zu tun durch Beratung eines Gesetzes gegen die Weinfälschungen, aber damit wird nicht viel geholfen, weil die Krise noch andere Ursachen hat als die Weinfälschung.

Die erfolgreiche Bekämpfung der Rebplaus, die guten Ernten und der verhältnismäßig leichte Absatz des Weins unter der alten Zuckerwirtschaft haben dazu geführt, daß die Grundbesitzer ihren Boden nur noch für den Weinbau verwenden und Gemüse, Obst und Oliven nicht mehr ziehen. Dadurch werden die weinbauenden Bezirke gänzlich abhängig von denen, die nicht Weinbau treiben. Alles, außer dem Wein, muß gekauft werden, und wenn dann einmal die Ernte nicht abgesetzt werden kann, so ist das Unglück da. So rächt sich der Fehler der Bebauungsweise bitter, und es ist eine große Frage,

ob eine Besserung dieser Verhältnisse auf dem gesetzgeberischen Wege zu erzielen sein wird.

Zu alledem kommt noch, daß die französische Marine von einer ganzen Reihe von Unglücksfällen heimgesucht worden ist. So flog, um nur den wichtigsten zu erwähnen, das Panzerschiff *Jena*, eines der schönsten Kriegsschiffe, auf der Reede von Toulon in die Luft. Auch das Arsenal von Toulon wurde durch einen Brand schwer beschädigt.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten hat das Kabinett Clémenceau bis jetzt standgehalten; vielleicht hat dazu mitgeholfen, daß ihm in der äußern Politik das Leben leichter geworden ist als in der innern.

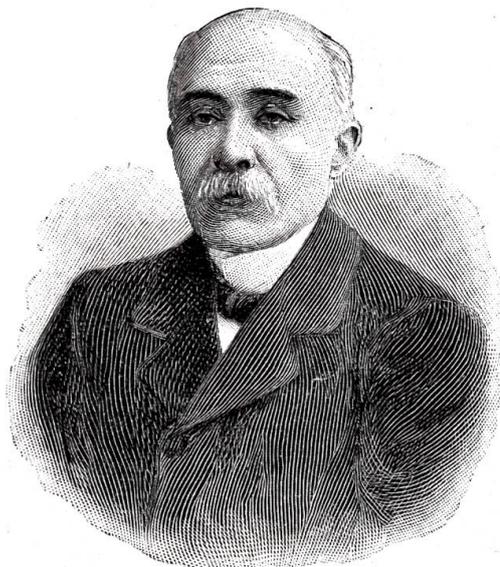
Durch einen Vertrag mit *Siam* hat Frankreich einige wirtschaftlich sehr wichtige Provinzen bekommen. Ein Abkommen mit *Japan* garantiert den Besitzstand Japans, wie ihn der letzte Krieg geschaffen hat, ebenso denjenigen von Frankreich in *Indo-China*, alles unter Wahrung der Integrität von *China*.

Endlich hat ein französisch-spanisches Abkommen, dem auch England beigetreten ist, den Zweck, den status quo im Mittelländischen Meer aufrecht zu erhalten.

Das gibt nun mit dem russischen Bündnisvertrag und der englischen „entente cordiale“ eine ganze Reihe von Staatsverträgen. Auf jeden Fall aber tut Frankreich gut daran, wenn es dafür sorgt, daß es im Fall der Not nicht allein steht.

In der Schweiz findet man oft, man habe zu viele Beamte, und doch ist das noch gar nichts gegen Frankreich. Dort gibt es 625,000 Beamte, und wenn man das Durchschnittsgehalt eines Beamten mit Fr. 1500 annimmt, so ergibt eine einfache Rechnung, daß die Steuerpflichtigen in Frankreich allein für die Beamten die hübsche Summe von beinahe einer Milliarde Franken im Jahr zu bezahlen haben.

Von bekannten Franzosen, die im Lauf des Jahres gestorben sind, wollen wir folgende Namen nennen: *Ferdinand Brunetière*, der Direktor der „*Revue des deux mondes*“; *Casimir Périer*, der ehemalige Präsident der Republik; *Berthelot*, der berühmte Chemiker; der General *Willot*, ehemaliger Kriegs-



Georges Clémenceau,
französischer Ministerpräsident.

minister, der im Jahre 1871 mit seinem Korps der *Bourbaki-Armee* den Übertritt in die Schweiz ermöglichte.

In Deutschland war das Hauptereignis die Neuwahl des Reichstags. Nachdem eine Mehrheit, bestehend aus dem Zentrum und den Sozialisten, die Mehrforderungen für Südwestafrika abgelehnt hatte, wurde der Reichstag aufgelöst. Darauf folgte ein äußerst heftiger Wahlkampf, der deswegen ein erhöhtes Interesse bot, weil die Lage der einzelnen Parteien sich beträchtlich verändert hatte. Das Zentrum, die katholische Partei, machte diesmal der Regierung Opposition, und die letztere stützte sich auf die Konservativen und die Fortschrittsparteien (Nationalliberale, Radikale, Demokraten). Dank seiner starken Organisation vermochte das Zentrum seinen Besitzstand zu behaupten, dagegen ging es den mit ihm verbündeten Sozialisten schlecht, denn sie verloren etwa dreißig Sitze. Diese Veränderung genügte, um der Regierung eine aus Konservativen und Liberalen zusammengesetzte Mehrheit zu sichern. Die Beteiligung an den Wahlen war äußerst stark; man rechnet, daß über eine Million mehr Wähler sich beteiligten als an der letzten Wahl.

Die andere Zusammensetzung des Reichstags hatte auch Veränderungen im preußischen Ministerium zur Folge. Der Reichskanzler konnte



Ernst August, Herzog von Cumberland.

nicht, während er im Reich zu einer liberaleren Politik überging, in Preußen eine den Liberalen entgegengesetzte Politik weiterführen, und so mußten einige der bisherigen Minister daran glauben, so z. B. der Kultusminister von Studt, der durch Holle ersetzt wurde, dem man liberale Neigungen nachsagt; auch das Ministerium des Innern wurde neu besetzt mit von Moltke, der zu den Liberalkonservativen gehört. Im Reich mußte der Minister des Innern, Graf Posadowsky, dessen seltene Arbeitskraft Freund und Feind rühmte, dem frühern preußischen Minister des Innern, von Bethmann-Hollweg, Platz machen. Der letztere gehört zu dem konservativ-liberalen Block.

Da wir gerade von der liberalen Strömung in Deutschland sprechen, so wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die beiden Herzogtümer von Mecklenburg begründete Hoffnung haben, nicht mehr hinter Rußland und Persien zurückzustehen und in absehbarer Zeit eine Verfassung und ein Parlament zu bekommen. Der gegenwärtige Zustand war schon lange unhaltbar, und es ist wirklich höchste Zeit, daß mit diesen verfassungslosen Zuständen in einem Land, das sich wie Deutschland rühmt, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, ausgeräumt wird.

Otto, der König von Bayern, ist 60 Jahre alt geworden. Sonst hört man selten mehr etwas von dem Unglücklichen, der in Fürstentried, etwa eine Stunde von München, untergebracht ist. Sein geistiger Zustand ist jetzt gänzlich hoffnungslos, und auch die hellen Momente, die er früher noch hier und da hatte, bleiben jetzt aus. Sein körperlicher Zustand ist gut.

Durch den Tod des Prinzen Albert von Preußen, Regenten von Braunschweig, ist die Frage der Thronfolge in diesem Lande wieder akut geworden. Nachdem der Sohn des letzten Königs von Hannover, der Herzog Ernst August von Cumberland, der das Recht zur Thronfolge hatte, auf seine Ansprüche auf Hannover nicht endgültig verzichten wollte, wählte die gesetzgebende Versammlung von Braunschweig einstimmig den Herzog Johann Albert von Mecklenburg-Schwerin als Regenten von Braunschweig.

Zu diesem Mißerfolg kam für den Herzog von Cumberland noch der Tod seiner Mutter, der ehemaligen Königin von Hannover, die im Alter von 89 Jahren an den Folgen einer schweren Operation starb. Diese schwer geprüfte Frau war eine Prinzessin von Sachsen-Altenburg und hatte den Kronprinzen Georg von Hannover im Jahre 1843 geheiratet. Als der Kronprinz zur Regierung kam, erblindete er und hatte außerdem während seiner ganzen Regierungszeit beständige Schwierigkeiten im Innern seines Landes. Das Jahr 1866 brachte die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen und die Entthronung des Königs. Franz Josef bot ihm nachher ein Asyl in Gmünd, wo er seinen Lebensabend verbrachte und nie müde wurde, gegen die Gewalttätigkeit Preußens zu protestieren.

Deutschland hat das 25jährige Jubiläum seiner Sozialgesetzgebung feiern können. Es war am 17. November 1881, als Bismarck im Reichstag die Thronrede Wilhelms I. las, in der die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung angekündigt war. Seit dieser Zeit ist in dieser für das allgemeine Wohl so wichtigen Frage sehr viel gearbeitet worden, und die Fortschritte, die auf diesem Gebiet erzielt

worden sind, sollten auch uns in der Schweiz zu denken geben und uns veranlassen, unsererseits das möglichste zu tun, damit unser Volk auch der Segnungen der Versicherung teilhaftig wird.

Das Jahr 1906 war für Deutschland ein günstiges. Der Handelsumsatz des Reichs hat die Ziffer von 14 Milliarden 520 Millionen Mark erreicht gegen 13 Milliarden 300 Millionen im Jahr 1905. In Preußen hat sich das steuerpflichtige Einkommen in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Der Geschäftsgang ist immer noch glänzend, obschon seit einiger Zeit schlechtere Zeiten prophezeit worden sind.

An Streiken hat es auch in Deutschland nicht gefehlt, und zwar stunden sich hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit verstärkter Erbitterung gegenüber, weil die beidseitigen kräftigen Organisationen ein Nachgeben erschwerten.

Eine deutsche Chronik wäre unvollständig ohne den Raub von Köpenick, über den nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt gelacht hat. Köpenick ist ein Städtchen von etwa 20,000 Einwohnern in der Nähe von Berlin. Im letzten Oktober hielt ein als Gardehauptmann uniformiertes Subjekt in der Nähe von Köpenick eine Abteilung von zwölf Soldaten, die eben vom Schießen kam, auf und befahl ihnen, mit ihm nach Köpenick zu kommen. Dort angelangt, ließ er von dieser militärischen Macht das Rathaus besetzen, wobei ihm außerdem die Gendarmerie der Ortschaft behülflich war. Dann begab er sich auf das Bureau des Bürgermeisters und des Kassiers, die er auf Grund eines angeblichen Kabinettsbefehls sofort verhaftete. Der Kassier durfte nur noch rasch die Bücher abschließen und ihm das Geld, etwa 4000 Mark, abliefern, dann wurden die Beamten in eine Droschke verpackt und nach Berlin spediert. In Berlin klärte sich dann die Sache rasch auf, und der Schwindel wurde offenbar, nicht so schnell aber ging es, bis man den geschickten Schwindler und das Geld wieder hatte. Erst nach einigen Wochen gelang es, den falschen Hauptmann zu verhaften in der Person eines vielfach vorbestraften Schuhmachers, namens Voigt. Die Geschichte gab monatelang Stoff zum Lachen, und besonders der Bürgermeister



Freiherr Vega v. Ahrenthal,
österreichischer Minister des Aeußern.

von Köpenick brauchte für den Spott nicht zu sorgen. Einsichtige Leute fanden aber, daß der ganze Vorgang seine sehr ernste Seite hat, über die nachzudenken es sich für die Deutschen vielleicht lohnen möchte, und das ist der bis zum Stumpfsinn gehende blinde Gehorsam von Militär und Beamtentum und die Macht der Uniform.

Franz Josef, der Kaiser von Österreich-Ungarn, erfreut sich wieder einer guten Gesundheit, nachdem er letztes Jahr krank war. Sechzig Jahre der Regierung hat er nun hinter sich, eine lange und schwere Zeit.

Infolge von Schwierigkeiten mit Österreich-Ungarn mußte der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowsky, demissionieren. Sein Nachfolger ist Baron Vega von Ahrenthal, Botschafter in St. Petersburg. Dieser Diplomat ist geboren im Jahre 1854 und gehört einer der deutschen Großgrundbesitzerfamilien in Böhmen an. Schon in seiner Jugend begann er mit der diplomatischen Karriere; sein erster wichtiger Posten war der eines Botschaftsrats in St. Petersburg im Jahre 1888, dann wurde er Gesandter in Bukarest und endlich Botschafter in St. Petersburg im Jahre 1898. Durch seine Heirat mit der Tochter eines ehemaligen ungarischen Ministers bringt er auch einige ungarische Sympathien in seine neue Stellung

mit. Ahrenthal war in Petersburg namentlich am Zarenhof sehr beliebt, und sein Einfluß hat wesentlich dazu beigetragen, um die Beziehungen zwischen Rußland und Osterreich freundlich zu gestalten.

Seine Tätigkeit verspricht Gutes, denn es verlautet, daß die Verhandlungen über den österreichisch-ungarischen Kompromiß in den Hauptpunkten zu einer Verständigung geführt haben.

Im letzten Januar hat die österreichische Kammer die Schlußsitzung der Legislaturperiode abgehalten. In seiner Abschiedsrede zählte der Präsident unter allgemeiner Heiterkeit die Arbeiten des Parlaments auf: Vier Ministerien in vier Jahren, Körber, Gautsch, Hohenlohe und Beck; fünf Sitzungen der Delegationen; 360 Regierungsvorlagen erledigt; 11,000 Interpellationen, 47,000 Petitionen; Zahlen, die eine leider falsche Vorstellung einer ungeheuern Arbeitsmenge geben.

Die Wahl der neuen Kammer, zum erstenmal nach dem allgemeinen Wahlrecht, fand im Mai statt. Alle Völker der Monarchie, Deutsche, Tschechen, Slovenen, Italiener, Rumänen, Ruthenen, Kroaten, Serben und Polen, sind da vertreten. Hoffen wir, daß der Wunsch des Alterspräsidenten in Erfüllung gehen möge, daß diese Kammer das getreue Abbild des Volkes sei und ihre großen Aufgaben werde bewältigen können.

Italien hat im letzten Jahr einen seiner größten Dichter, Josué Carducci, verloren, den man nicht mit Unrecht den italienischen Viktor Hugo nannte. Seine bekanntesten Werke sind die Oden und Epoden, Revia-Gravia und die Barbarenoden. Im vergangenen Herbst hatte Carducci noch den Nobelpreis erhalten.

Die Jesuiten haben einen neuen General gewählt, diesmal einen Deutschen. Es ist dies der Pater Franz Xaver Wernz, geboren den 4. Dezember 1842 in Rottweil, der ehemals mit den Eidgenossen verbündeten Stadt. Man behauptet, daß diese Wahl eine Genugtuung für die Deutschen sein soll, da sie den Jesuiten ihre Tore geöffnet haben, nachdem Frankreich sie hinausgeworfen hat. Die Franzosen brauchen sich über diesen deutschen Sieg nicht zu ärgern.

Im Gegensatz zu vielen Fürsten, die ihr Leben im Müßiggang zubringen, ist der Herzog der Abruzzen, der Onkel des Königs von Italien, ein Forschungsreisender von großem Verdienst. Mit seinen Nordpolfahrten und seinen Alpenreisen hat er sich in die erste Reihe der Forscher gestellt. Letztes Jahr kam er von einer Expedition auf den Ruvenzori zurück. Dieses afrikanische Hochgebirge zwischen Uganda und Kongo hat er als erster unter großen Gefahren bestiegen.

Der hundertjährige Geburtstag von Garibaldi, am 4. Juli, ist in Italien überall festlich begangen worden. Es ist wohl der Anlaß, dem Lebensgang dieses außerordentlichen Mannes, den seine Zeitgenossen für ebenso groß hielten wie Napoleon I., einige Worte zu widmen.

Garibaldi wurde im Jahr 1807 in Nizza als Sohn eines kleinen Handelschiffers geboren. Auch er widmete sich der Schifffahrt und diente längere Zeit in der Handels- und der Kriegsmarine. Im Jahr 1836 führte ihn seine Abenteuerlust nach Rio de Janeiro und dann nach Montevideo. Dort verlebte er einige seiner abenteuerlichsten Jahre, stets im Kampf und stets beteiligt an den immerwährenden Revolutionen. 1848 kam er in die Heimat zurück, bildete in Mailand eine Freiwilligenlegion, focht dann im Tirol gegen die Osterreicher und wurde dann durch die Übermacht nach der Schweiz abgedrängt. Nach der Flucht des Papstes nach Gaëta eilte er nach Rom und leitete dort die Verteidigung gegen die französischen Truppen, und konnte nach dem Angriff mit seiner Truppe entweichen. Seine Reiselust führte ihn nachher wieder nach Amerika, nach New York und Kalifornien, dann auch nach Peru und sogar nach China. Dann lebte er einige Zeit auf seinem Felseneiland Caprera. Als im Jahre 1859 der Krieg ausbrach, wurde ihm das Kommando der Alpenjäger übertragen, mit denen er die Oesterreicher bei Varese und San Fermo schlug. 1860 landete er mit 1000 Freiwilligen bei Marsala, eroberte Sizilien und wurde Diktator dieser Insel im Namen Viktor Emanuels. Zwei Jahre später versuchte er mit seinen Freiwilligen Rom dem Papste wegzunehmen, fand aber vor sich

die italienischen Truppen unter Cialdini, wurde bei Aspromonte schwer verwundet und mußte sich mit seinen Truppen übergeben. Nach seiner Freilassung zog er sich wieder auf Caprera zurück und wurde zum Deputierten gewählt. Im Krieg von 1866 kommandierte er wieder eine Freiwilligenlegion, wurde am Gardasee verwundet und erlitt eine Niederlage im Tirol. Ein fernerer Versuch, sich des Kirchenstaates zu bemächtigen, scheiterte im folgenden Jahr. Der deutsch-französische Krieg sah ihn wieder an der Spitze eines freiwilligen Korps auf der Seite der Franzosen, wo er mit großer Tapferkeit focht. Eine Wahl in die französische Kammer nach dem Krieg nahm er nicht an, sondern kehrte nach Caprera zurück. Im Jahr 1875 wurde er in Rom zum Deputierten gewählt und hielt dort einen triumphartigen Einzug; das Parlament verlieh ihm eine Rente von Fr. 100,000. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er auf Caprera, wo er im Jahre 1882 starb.

Garibaldi war weder ein Genie, noch ein großer Politiker, und auch kein großer Feldherr. Was ihn auszeichnete, war vielmehr sein Hang zum Außerordentlichen, seine Abenteuerlust, die Kunst, die Menge zu faszinieren, eine unvergleichliche Unerforschlichkeit und die absolute Hingabe an die beiden Ideen, denen er sein Leben gewidmet hatte: die Einheit Italiens und die Republik.

Die äußere Politik Italiens zeichnet sich nicht durch Klarheit aus. Die verschiedenen Bündnisse, auf der einen Seite der Dreibund, auf der andern Seite das Abkommen mit Frankreich und Italien, mögen ja im Frieden ganz gut nebeneinander hergehen können, wie sich aber diese Verhältnisse im Krieg gestalten würden, das ist die andere Frage. Man wird wohl gut tun, wenn man der Haltbarkeit des Dreibundes nicht zu viel zutraut.

Über die Balkanhalbinsel läßt sich nicht viel Gutes sagen. Der Wohlstand Rumäniens, über den wir bei Anlaß des Regierungsjubiläums des Königs Karol gesprochen haben, war nur ein scheinbarer, denn im März 1907 sind in Rumänien schwere Unruhen vorgekommen, teils antisemitischer Natur. Der Grund zu dieser Bewegung lag in der allgemeinen Unzufriedenheit der Landbevölkerung über ihre Notlage, die nach einer weitverbreiteten Ansicht den Juden in die Schuhe geschoben wurde. Daher war die Spitze des Aufstandes gegen die Juden gerichtet.

Mit Militär konnte endlich der Aufstand unterdrückt werden, nachdem viel Blut geflossen war. Bis aber die Ursachen zu dieser Revolution beseitigt sein werden, wird wohl noch viele Zeit vergehen.

Bulgarien und Griechenland stehen immer noch wie Hund und Katze. Eine anti-griechische Bewegung von äußerster Heftigkeit machte sich in Bulgarien geltend. Viele Griechen wurden getötet und ihre Besitzungen verwüstet. Diese Verfolgungen hörten erst auf, als die Türkei anfing, eine drohende Haltung anzunehmen.

Der bulgarische Ministerpräsident Petkof wurde im März 1907 in Sofia ermordet, und Verschwörungen gegen den König von Serbien und den Fürsten von Montenegro sind entdeckt worden.

Der Sultan, den man gewöhnlich den kranken Mann nennt, um damit die schlechte Lage seines Staates anzudeuten, war nun wirklich krank. Er leidet an einer gefährlichen Unterleibskrankheit, und man glaubte schon an seinen baldigen Tod; seither hat er sich aber etwas erholt.

Nachdem er während acht Jahren Oberkommissar von Kreta war, hat nun der Kronprinz von Griechenland abgedankt. Er ist durch den griechischen Staatsmann Zaimis,



Garibaldi.



Pobjedonoszeff,
früherer Generalprokurator des hl. Synods in Rußland.

dessen Wahl die Mächte ratifiziert haben, ersetzt worden.

Das Bild, das wir von Rußland geben, muß noch düsterer ausfallen als dasjenige der Balkanstaaten. Als wir in unserer letzten Chronik von der Auflösung der Duma sprachen, sagten wir schon, daß die terroristische Partei auf diese Verfügung des Zaren ihre gewöhnliche Antwort geben werde: Bomben, Revolution und Streik. Und so ist es auch gekommen. Gegen den Ministerpräsidenten wurde ein Attentat verübt, dem er persönlich zwar entging, das aber einer Zahl von ungefähr sechzig Personen das Leben kostete, worunter zwei seiner Kinder. Es ist unmöglich, all die Mordtaten, Raubanfänge, Plünderungen und Diebstähle zu beschreiben, die täglich vorkommen, ebensowenig ihre blutige Bestrafung. Eine russische Zeitung, die versucht hat, eine Statistik über diese Ereignisse aufzustellen, kommt für einen Abschnitt von 14 Tagen zu folgendem Resultat: 95 Landgüter verwüstet und verbrannt, 540 Gebäude in Flammen aufgegangen, 4 Großgrundbesitzer ermordet, 15 Bauern getötet und 150 verwundet, 38 Beamte und Soldaten getötet und 44 verwundet, 325 Verhaftungen, 7 Hinrichtungen, 17 Verurteilungen zum Tode, 16 Streiks u. s. w. Das sind nur die Zahlen, die in der

Presse angegeben werden. Eine vollständige Liste der Opfer, die seit dem Beginn der Revolution gefallen sind, wird man wohl niemals bekommen.

Im Februar 1907 wurde die Wahl einer zweiten gesetzgebenden Versammlung veranstaltet, in der die beiden extremen Parteien auf Kosten der Gemäßigten stärker vertreten waren.

Im Monat März starb Pobjedonoszeff, der ehemalige Generalprokurator des hl. Synods. Ohne Zweifel war er für ein Vierteljahrhundert die einflußreichste Persönlichkeit in Rußland. Als ehemaliger Lehrer Alexanders III. genoß er auch das Vertrauen Nikolaus II. in unbeschränktem Maße. Erst nachdem er seine Demission gegeben, konnte daran gedacht werden, das Regierungssystem in Rußland zu ändern. Er verkörperte die Reaktion. Ob aber die Beseitigung seiner Person genügen wird, um Rußland auf fortschrittlichere Bahnen zu lenken, ist eine andere Frage. Nachdem nun auch die zweite Duma aufgelöst worden ist, sucht die Regierung den Wahlmodus zu ändern, wohl in der Hoffnung, auf diese Weise eine gefügige Versammlung zu bekommen. Eine solche Behörde wäre aber nie im Stande, die für Rußland so dringend nötigen Reformen durchzuführen, und damit bekämen die Anarchisten wieder erneuten Grund für ihre Tätigkeit.

In Finnland, das ja zu Rußland gehört, aber eine Verfassung und ein Parlament hat, ist ein neues Gesetz über die Wahlfähigkeit in Kraft getreten, nach welchem jede Person über 24 Jahre, ohne Unterschied des Geschlechts, ins Parlament wählbar ist. Bei den Wahlen sind 19 Frauen, darunter 9 Sozialistinnen, als Volksvertreterinnen gewählt worden. Man darf wohl gespannt sein, wie diese Erweiterung der Frauenrechte sich im praktischen Leben bewähren wird.

Seit der Trennung der skandinavischen Staaten hört man nicht mehr viel von ihnen.

Das Königspaar von Schweden feierte am 6. Juni seinen 50. Hochzeitstag. Bei dieser Gelegenheit übernahm König Oskar wieder die Regierung, nachdem vorher der Kronprinz einige Zeit wegen der ungünstigen Gesundheitsverhältnisse des Königs die Regentschaft geführt hatte.

Erwähnenswert ist, daß das Königspaar sich allen Aufwand von Geld für die Feier verbat, und daß das Geld, das durch Subskriptionen gesammelt worden war, für den Bau eines Sanatoriums bestimmt wurde.

In Norwegen haben die Neuwahlen für den Storting stattgefunden. Das Ministerium Michelsen verfügt immer noch über eine Mehrheit, aber man ist der Ansicht, daß sein Ansehen im Schwinden begriffen ist.

Zum erstenmal seit der Annexion von Schleswig-Holstein hat der König von Dänemark mit seiner Gemahlin den deutschen Kaiser besucht. Der Besuch ist von dem letztern im Lauf dieses Sommers erwidert worden, und es sind bei beiden Gelegenheiten die üblichen herzlichen Worte gewechselt worden.

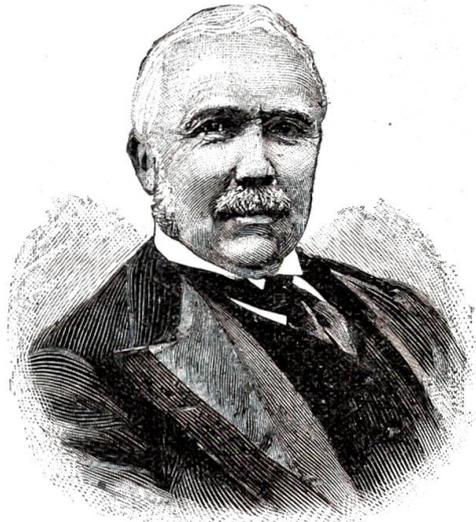
In Dänemark, wie übrigens auch in England, macht sich eine starke Bewegung zu gunsten des Frauenstimmrechts geltend. Wir in der Schweiz wollen bei dieser Erweiterung der Volksrechte lieber andere die ersten Erfahrungen machen lassen.

Holland, das eben erst das Rembrandtjubiläum hinter sich hat, feiert dies Jahr den dreihundertjährigen Geburtstag des Admirals de Ruyter. Dieser begann seine Laufbahn als einfacher Schiffszunge und brachte es bis zum Höchstkommmandierenden der holländischen Flotte, die damals an der Spitze der Nationen stand, und die er zu glorreichen Siegen führte.

Eine Ministerkrise, die wegen des Militärbudgets auszubrechen drohte, wurde, dank der Intervention der Königin Wilhelmine, glücklich vermieden. Nur der Kriegsminister, General von Staal, mußte weichen und wurde durch den General van Rappart ersetzt.

Der Prinzgemahl hat sich mit einem Schlage die Popularität erworben, die ihm im Anfang versagt war, und zwar durch seine heldenmütige Beteiligung an der Rettung der Schiffbrüchigen der gestrandeten „Berlin“

Das katholische Ministerium in Belgien hat sich wegen einer Meinungsverschiedenheit mit der Kammer zurückziehen müssen. Es besteht jedoch keine Hoffnung, daß es deswegen zu einem Systemwechsel kommen werde, da auch das neue Ministerium ultramontan ist.



Henry Campbell-Bannerman,
englischer Ministerpräsident.

Zu erwähnen ist noch, daß auch Belgien gegen den Absinth vorgeht und durch ein Gesetz mit strengen Strafbestimmungen die Herstellung und den Verkauf von Absinth verbietet.

Der Großherzog von Luxemburg ist sehr ernstlich krank, und sein Ableben wird in Bälde erwartet. Auch beschäftigt sich die Kammer in Luxemburg schon mit der Frage der Thronfolge. Da keine männlichen Deszendenten vorhanden sind, soll durch ein Gesetz das Recht zur Thronfolge auf die weiblichen Deszendenten übertragen werden.

Noch auf lange Jahre hinaus werden Reisen nach England die Gefahr der Seekrankheit mit sich bringen; denn das englische Parlament hat sich trotz der „entente cordiale“ mit Frankreich dem französischen Projekt eines Tunnels unter dem Kanal widersetzt. Die englischen Patrioten sehen nämlich in diesem Plan eine beständige Gefahr für die Unabhängigkeit ihres Landes, einen schweren Schlag für die Handelsflotte und den Ruin für ihre Kanalhäfen, speziell für Dover, und vielleicht haben sie nicht so unrecht.

Weniger begreiflich ist die Ablehnung der Einführung des metrischen Systems für England und die Kolonien durch das Unterhaus.

Zwei edle, weltbekannte englische Frauen sind vor kurzer Zeit gestorben, die Baronin



Muzaffer-ed-Din,
Schah von Persien.

Burdett und Josephine Butler. Die erstere wurde dadurch bekannt, daß sie ihr ungeheures Vermögen ganz für wohltätige Zwecke verwendete, die andere durch ihre Arbeiten zur moralischen Hebung der Frau; sie gründete zu diesem Zweck im Jahr 1886 eine internationale Vereinigung.

Der englische Handel blüht trotz gegenteiliger Behauptungen. Die Handelsstatistik weist für das Jahr 1906 einen Import und Export von über 26 Milliarden 720 Millionen Franken aus, was einer Vermehrung von 2 Milliarden 300 Millionen gegenüber dem Jahr 1905 gleichkommt. Dieser günstige Geschäftsgang mag mitgewirkt haben, daß heute das Verhältnis zwischen den beiden großen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, Deutschland und England, ein recht gutes ist, und daß sich eine Annäherung zu vollziehen scheint.

Die Königin Viktoria von Spanien hat den Hoffnungen ihres Landes entsprochen und einem Kronprinzen das Leben gegeben. Mit großen Festlichkeiten wurde seine Taufe, an der ihm ungefähr ein Dutzend Namen beigelegt wurden, begangen.

Nachdem das Ministerium Vega de Armijo, das sechste liberale Kabinett innert neun Monaten, demissioniert hatte, ging die Regierungsgewalt wieder an die Konservativen über, und es läßt sich voraussagen, daß damit die Reaktion freien Lauf bekommen wird.

Über Portugal liegen widersprechende Nachrichten vor. Nach den einen wäre der Thron des Königs Carlos bedroht durch die republikanische Partei und durch den Prätendenten Dom Miguel de Braganza, nach den andern

aber ist die Situation durchaus zufriedenstellend.

Gehen wir über die Meerenge von Gibraltar nach Afrika über.

In Marokko herrscht immer noch die Anarchie, und unser Mitbürger, Oberst Armin Müller, der vom Sultan jetzt endlich als Chef der internationalen Polizei bestätigt worden ist, wird Mühe haben, geordnete Zustände herzustellen und der öffentlichen Sicherheit zu ihrem Recht zu verhelfen.

Lord Cromer, der englische Gouverneur in Ägypten, hat seinen Rücktritt erklärt und ist durch Sir J. E. Gorst ersetzt worden. In seiner langen Verwaltungstätigkeit in Ägypten, seit 1883, hat Lord Cromer mit großer Weisheit regiert, und hat es verstanden, nicht nur den Respekt der Eingebornen vor der englischen Flagge jederzeit zu wahren, sondern auch die unermesslichen Hilfsquellen des Landes zu ungeahnter Entwicklung zu bringen. Man glaubt, daß die englische Regierung diesen Wechsel benutzen werde, um ihre Politik einigermaßen zu ändern, in dem Sinne, daß den Eingebornen ein größerer Anteil an der Verwaltung und Regierung ihres Landes zuerkannt werden soll.

Auf jeden Fall geschah dies im Transvaal, wo der ehemalige Burengeneral Botha zum Ministerpräsidenten ernannt worden ist. Die Reise, die der letztere kürzlich nach England gemacht hat, und der Empfang, der ihm zu teil geworden ist, lassen hoffen, daß zwischen Engländern und Buren die Versöhnung bald vollständig sein wird.

Auch der Oranje-Freistaat soll auf ähnliche Weise politisch umgestaltet werden.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika ist von den Deutschen niedergeworfen, nachdem sie ungezählte Millionen und Tausende von Soldatenleben daran gewendet haben.

Asien. Der Schah von Persien, Muzaffer-ed-Din, ist endlich seiner Krankheit erlegen, an der er so lange gelitten und gegen die er auch verschiedenemal in Europa Heilung gesucht hatte. Vor seinem Tode hatte er seinem Lande noch eine Verfassung gegeben, die nun sein Nachfolger, Mohammed-Ali-Mirza, zu vollziehen hat. England und Rußland versuchen

immer noch, ihrem Einfluß in Persien den Vorzug zu verschaffen.

Auch China hat sich zu Reformen aufgerafft. Die Kaiserin-Mutter hat eine Proklamation erlassen, in der sie die Einführung einer Verfassung und eine Reorganisation der Verwaltung verspricht. — Der Opiumgenuß ist durch einen Erlaß verboten worden, ein schwerer Schlag für Indien, das für bedeutende Summen Opium in China importiert. Auch im Militärwesen plant China große Reformen im Sinne einer Zentralisation.

Wie bekannt, bekam Japan im Frieden von Portsmouth, der dem russisch-japanischen Krieg ein Ende machte, das Protektorat über Korea. Von diesem Moment an war der Kaiser dieses Landes zu einer Scheinregierung verdammt. Als er sich nun dieses Jahr zu einer selbständigen Handlung aufraffte und Delegierte an die Friedenskonferenz im Haag schickte, nahmen ihm dies die Japaner übel und zwangen ihn zur Abdankung.

Der Übergang von Japan zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika erscheint ganz natürlich, hat man doch in der letzten Zeit beständig von dem Konflikt zwischen diesen beiden Ländern gesprochen. Die gegenseitigen Beziehungen waren und sind gegenwärtig noch sehr gespannt. Alle Japaner, die von den Amerikanern als Arbeiter an den Befestigungsbauten auf den Philippinen, in der Nähe von Manilla, gebraucht wurden, sind entlassen worden, weil man unter ihnen Spione vermutete. Auch an der kalifornischen Küste sollen japanische Spione entdeckt worden sein. Eine weitere Quelle der Beunruhigung war die projektierte Entsendung der amerikanischen Flotte nach dem Pazifischen Ozean. Seither ist diese Übungsfahrt wieder dementiert worden, aber man wird auch diesem Dementi nicht zu viel trauen dürfen. Sollte aber die Flotte die geplante Fahrt wirklich antreten, so braucht man sich deswegen wohl noch nicht zu ängstigen, denn es kann sich dabei nur um eine Demonstration handeln. Für beide Länder ist der Moment zum Kriege, der nach menschlicher Voraussicht kaum ausbleiben wird, jetzt noch nicht gekommen. Japan ist von dem letzten

Krieg finanziell noch zu sehr erschöpft, und auch seine Flotte ist im gegenwärtigen Augenblick zu schwach. Die Vereinigten Staaten dagegen, die zwar über unbeschränkte Geldmittel verfügen und mit ihrer Flotte das numerische Übergewicht haben, sind nicht in der Lage, jetzt den Krieg auszufechten, da sie zu wenige Flottenstützpunkte, Docks und Kohlenstationen am Stillen Ozean haben. Bis auf beiden Seiten die nötigen Vorbereitungen gemacht sind, dürften noch einige Jahre vergehen. Im übrigen ist Japan mit Korea noch hinlänglich beschäftigt und wird es sich überhaupt zweimal überlegen, bevor es mit einem Gegner Krieg anfängt, der eine ganz andere Widerstandskraft hätte, als die Russen.

Warum sollten sich auch die Menschen bekriegen, wenn sie mit der Natur in beständigem Kampf leben müssen?

Ein furchtbarer Orkan hat letzten Herbst die Südküste der Vereinigten Staaten und die Antillen verwüstet. Im Monat Januar ist die Hälfte der Insel Jamaika vom Unwetter ganz zerstört worden, dabei auch die Hauptstadt Kingston. Einige Monate vorher war in Chile die Stadt Valparaiso fast gänzlich einem Erdbeben zum Opfer gefallen, eine Katastrophe, die ganz an das furchtbare Erdbeben von San Franzisko erinnerte.

Zum Schluß noch einige Worte über unser Vaterland.

In der Schweiz sind die wirtschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund des Interesses gestanden. Dahin gehören der Abschluß der Handelsverträge, die Eröffnung der Simplonbahn, die Organisation der Nationalbank, die Beschlüsse zur Eröffnung neuer und wichtiger Eisenbahnlinien und die Beendigung der Beratung über das neue schweizerische Zivilrecht.

Den Handelsverträgen mit Deutschland, Italien und Osterreich sind diejenigen mit Frankreich und Spanien gefolgt, die hauptsächlich für Industrie, Handel und Landwirtschaft eine neue Periode der Entwicklung bringen werden.

Durch den Simplontunnel ist nun ein neuer Verkehrsweg zwischen der Westschweiz und Italien geschaffen und damit eines der

Ziele der schweizerischen Eisenbahnpolitik erreicht. Aber es bleiben noch andere, so der Rückkauf der Gotthardbahn, der Ostalpendurchstich und die Zufahrtslinien zum Simplon.

Unsere zentrale Emissionsbank, die schweizerische Nationalbank, hat im Juni ihre Tätigkeit in Bern, Zürich, Basel, Genf und St. Gallen eröffnet. Andere Filialen und Agenturen werden folgen.

Unter den Zufahrtslinien zum Simplon ist die wichtigste der Lötschberg, und diese Linie ist nun auch als erste, dank der zielbewußten bernischen Eisenbahnpolitik, in Angriff genommen worden. Die Linie wird in etwa sechs Jahren vollendet sein, und es ist zweifellos, daß erst dann der Simplon das wird leisten können, was man von ihm erwartet hat.

Die Frage des Ostalpendurchstichs beschäftigt die Gemüter lebhaft; wie die Lösung sein wird, ob Greina oder Splügen, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden.

Das schweizerische Zivilrecht geht mit raschen Schritten seiner Vollendung entgegen. Es sind nur noch einige redaktionelle Änderungen vorzunehmen, dann kann das Gesetz von der Bundesversammlung definitiv angenommen werden. Das ganze Schweizervolk kann sich über die Einführung dieses neuen Rechts freuen, denn wenn es je einem Gesetzgeber gelungen ist, aus all den verschiedenen Rechten ein einheitliches kraftvolles Gebilde zu schaffen, das berufen ist, zu unserer Volkswohlfaht so unendlich viel beizutragen, so ist dies jetzt der Fall.

Ein Gesetz von ganz verschiedenem Inhalt wird unserem Volke im nächsten November zur Abstimmung vorgelegt, nämlich das Gesetz über die neue Militärorganisation.

Seit Jahren genießen wir in Europa die Wohltaten des Friedens, aber jedermann weiß, daß dies ein bewaffneter Friede ist, der in jedem Moment zum blutigen Krieg übergehen kann. Ungeheure Kriegsrüstungen werden von allen Staaten um uns herum gemacht, und kein Staat kann sich entschließen, mit der Abrüstung den Anfang zu machen. Da ist es nicht zu verwundern, daß auch unsere Behörden sich mit der Frage befassen, wie unser kleines Land sich

rüsten muß, um in der Stunde der Gefahr kraftvoll dazustehen. Allgemein ist man einig, daß der wichtigste Schritt, der in dieser Richtung zu geschehen hat, in einer Reorganisation der Militärorganisation besteht. Das alte Gesetz von 1874 hat ja ganz gute Erfolge gehabt, aber es ist den heutigen Verhältnissen nicht mehr angepaßt. Deswegen hat die Bundesversammlung ein Gesetz beraten, das diesen andern Verhältnissen Rechnung trägt, denn es heißt auch im Militärwesen: Stillstand ist Rückschritt.

Das neue Gesetz verlegt das Hauptgewicht des Militärdienstes auf die jüngeren Jahrgänge, um damit die älteren zu entlasten und die Lasten des Dienstes im bürgerlichen Leben weniger fühlbar zu machen. Dazu kommt eine bessere Ausbildung der Rekruten, die, weil sie über etwas längere Zeit verfügt, weniger übereilt zu sein braucht und nachhaltigere Resultate haben wird. Auch die Ausbildung der Offiziere und der höheren Führer wird die wünschenswerten Fortschritte machen können. Und endlich — und daß das ein großer Fortschritt ist, wird jedermann zugeben — sollen diejenigen, die infolge des Militärdienstes ihren Ernährer verlieren, wirksam unterstützt werden. Auf jeden Fall hält sich das Gesetz streng in den Grenzen des Möglichen, und es wird, wenn es angenommen wird, mit der vorgesehenen geringen Mehrbelastung des Diensttuenden in der Kriegstüchtigkeit unseres Heeres einen großen Fortschritt bedeuten.

Da das Referendum verlangt worden ist, wird sich das Volk über die Annahme oder Verwerfung des Gesetzes auszusprechen haben. Möge sich dabei die Vaterlandsliebe des Schweizervolkes wieder einmal glänzend betätigen und einem Gesetz zum Siege verhelfen, das wie kein anderes geeignet ist, die Unabhängigkeit unseres lieben Vaterlandes zu wahren.

Aus einem Polizeibericht.

„Die Leiche scheint bessern Ständen anzugehören; in den Taschen fanden sich drei unbezahlte Rechnungen vor.“